

Wien, Dienstag, den 8. Februar 1927.

Fortsetzung der Spezialdebatte über den Rechnungsabschluss 1925.

Der Gemeinderat setzt heute die Spezialdebatte über den Rechnungsabschluss 1925 fort. Nach Eröffnung der Sitzung durch Bürgermeister Seitz geht der Gemeinderat sofort in die Verhandlungen über das Kapitel der Verwaltungsgruppe IV, Sozialpolitik und Wohnungswesen, ein.

Dazu nimmt Gemeinderat Ullreich (chr. soz.) das Wort, der ausführt, dass in dieser Verwaltungsgruppe die Sozialpolitik nur von ganz untergeordneter Bedeutung ist. Das Kapitel wird ausschliesslich von den Ausgaben für Wohnungsbauten beherrscht. Im Voranschlag für 1925 wurden 91,1 Millionen Schilling für Wohnungsbauten präliminiert. Faktisch aber wurden laut Rechnungsabschluss 96 Millionen Schilling dafür ausgegeben. Aus der Wohnbausteuer sind 96 Millionen Schilling eingegangen. Es wurden also 60 Millionen Schilling aus den übrigen Steuergeldern für die Wohnhausbauten aufgewendet, das sind 45 Prozent aller Steuern. Der Redner beschäftigt sich dann mit der Anleihepolitik, die, wenn sie angewendet werden würde, nicht als Schuldenwirtschaft bezeichnet werden könnte, da für die Amortisation einer Wohnbauanleihe die Wohnbausteuer herangezogen werden könnte. Die weiteren Ausführungen des Gemeinderates Ullreich gelten dann den Siedlungsbauten der Gesiba. Diese Heimbauhilfe bezeichnet der Redner als verfehlt und das ist auch der Grund, dass viele Gesibabauten keinen Käufer finden. Weiters gemängelt Gemeinderat Ullreich, dass eigentlich kein Mensch in Wien weiss, wieviel Wohnungen die Gemeinde bereits fertiggestellt hat und wieviel Wohnungen im Bau sind. Es sind auch nicht die Baukosten zu erfahren, ebenfalls nicht, wie teuer sich eine Wohnung stellt, ein Geschäftslokal oder eine Werkstätte. Es ist auch nie zu erfahren, in welchem Verhältnis der Baukostenbeitrag der Mieter für Geschäftslokale und Wohnstätten zu den Baukosten stehen. Wir wissen nur, dass für die städtischen Wohnbauten im Jahre 1925 96 Millionen Schilling aufgewendet wurden. Weil der Rechnungsabschluss über so viele Fragen keine Auskunft gibt, kann er auch nicht die Zustimmung der Minorität finden. (Beifall bei den Christlichsozialen).

Dann verhandelt der Gemeinderat das Kapitel der Verwaltungsgruppe V, Technische Angelegenheiten, Dazu spricht Gemeinderat Biber:

In allen Grosstädten besteht eine Bauordnung, die den Hochbau nach der Peripherie hin allmählich in den Flachbau übergehen lässt. Die Gemeinde baut aber schon fünf bis sechs Stock hohe Häuser mitten in das Ackerland hinein, Kasernenähnliche Bauten. Wenn bei der Herstellung der Pläne Techniker, Fachleute das entscheidende Wort geführt hätten, hätte ein solches Programm nie verwirklicht werden können. Der wahre Grund des Festhaltens in dieser Bauweise liegt darin, dass damit die politischen Ziele der herrschenden Partei gefördert werden sollen. Wenn man in ungeheuren Wohnkasernen hunderte Menschen beisammen hat, gestaltet sich die Agitation auch leichter, nicht nur bei den erwachsenen sondern auch bei den Kindern, die in den Wohnhäusern befindlichen Seelen vom ersten Lebensjahre an politisch beeinflusst werden. Der Terror erfasst nicht nur den Betrieb und die Strasse sondern auch die Wohnung, er dringt bis in das Bett des Bewohners hinein. Redner wünscht, dass alle mit der

Errichtung der Volkswohnbauten in Verbindung stehenden Posten des Rechnungsabschlusses und des Voranschlages künftighin in die technische Gruppe aufzunehmen sind und stellt einen diesbezüglichen Antrag. Dann spricht Redner über die Kosten der Wohnbauten und bemängelt, dass dem Gemeinderate trotz aller Mahnungen der Opposition bisher eine Abrechnung über die vollendeten Gemeindebauten nicht vorgelegt worden ist. Aus diesem Grunde sei Redner genötigt gewesen selbst eine Berechnung vorzunehmen und er habe zum Vergleiche die Baukosten der alten soliden Friedenshäuser herangezogen. Unter Darlegung der Detailziffern habe Redner errechnet, dass der Bauaufwand für den Quadratmeter eines Friedenszinshauses 215 Schilling betrage, für ein Gemeinwohnhaus von heute 154 Schilling. Die aus Zimmer und Küche bestehende Kleinwohnung in einem Gemeinwohnhaus erfordere nach Redners Berechnung einen Bauaufwand von 8000 Schilling. Das Bauamt aber hat für eine solche Kleinwohnung 12 bis 13000 Schilling Herstellungskosten errechnet, also um fünfzig Prozent mehr. Für die in den Gemeinhäusern angelegten Werkstätten muss der Benutzer die unverhältnissmässig hohen Baukosten tragen ohne dass das Lokal in sein Eigentum übergeht.

Nach den vorliegenden Ausweisen sind für die Volkswohnbauten bisher insgesamt 327 Millionen Schilling aufgewendet worden. Bei Zugrundelegung von 8000 Schilling Herstellungskosten für eine Kleinwohnung ergibt sich für die Ende dieses Jahres fertigzustellenden 25.000 Wohnungen ein Gesamtaufwand von 200 Millionen Schilling. Das ist ein Defizit von nicht weniger als 127 Millionen Schilling und es sei wohl die Frage berechtigt, wie an die Gemeindeverwaltung angesichts einer so ungeheuren Differenz, die öffentlich aufgezeigt wird weiter schweigen kann. Wir fordern, dass der Bevölkerung endlich einmal volle Aufklärung gegeben werde (Gemeinderat Kunschak: Das Geld wird eben verpulvert!). Im technischen Ausschuss wurde allerdings eine Zusammenstellung über Wohnhausbauten vorgelegt aber die bezieht sich auf die Bautätigkeit vor dem Jahre 1923, ist also zur Beurteilung der Kosten der in den letzten drei Jahren aufgeführten Bauten gänzlich wertlos. Redner stellt den Antrag: Längstens sechs Monate nach der Benützung eines Volkswohnhauses sind dem Gemeinderate die Ausweise über die gesamten Baukosten vorzulegen. Die Kosten der Spezialbauten und die der Ausgestaltung der Höfe sind gesondert auszuweisen, über die Baukosten der länger als sechs Monate in Benützung stehenden Häuser ist bis längstens ersten April dieses Jahres dem Gemeinderate Bericht zu erstatten.

Bei Betrachtung der Rechnungsabschlüsse über die städtischen Betriebe, Ziegelwerk in Oberlaa, Steinbruch und dergleichen müsse man erkennen, dass auch hier die Budgetierung und Abrechnung in ganz undurchsichtiger Weise vorgenommen wurde. Beim Ziegelwerk beispielsweise ist ein Defizit von 500.000 Schilling ausgewiesen, gar nicht begründet und daher gänzlich unverständlich. Die Preise der Produkte sind nicht angegeben. Man müsse also, wenn keine ordentlichen Berechnungen vorgelegt werden, zu der Auffassung gelangen, dass die ausgewiesenen Ziffern falsch sind. Das ist ein böswilliges Verschweigen, ein böswilliges Verachten des Volkes und seiner Vertreter (Lebhafte Zustimmung bei der Minderheit). Redner beantragt: Im Rechnungsabschluss über die Gemeindebetriebe sind die Rohbilanzen mit Gewinn und Verlustkonto aufzunehmen und ist der Erfolg durch einen Vergleich der Selbstkostenpreise mit dem üblichen Handelswert aufzunehmen.

Bei dem Kapitel Strassenherstellungen müsse man verlangen, dass dem Gemeinderat ein Plan über die Art der Strassenherstellungen vorgelegt wird. Das Amalienbad ist mit unerhörtem Luxus ausgestattet worden, seine Errichtung in einem kaiserlichen Bezirk erweist sich als schwerer Fehler, denn es arbeitet schon mit einem grossen Defizit und um Gäste herbeizulocken müssen grosse Summen für Reklame ausgegeben werden (Gemeinderat Zimmerl: Jetzt werden die Burgois eingeladen ins Amalienbad baden zu gehen!) Jawohl in das Volksbad, das für die Arbeiter errichtet wurde. Zum Schluss erklärt Redner, dass die Mehrheit durch das Festhalten an ihrer Wohnbau- und Finanzpolitik, die das Bauen auf Kredit beharrlich ablehne die Bevölkerung beläge, weil sie fälschlich in diesem Zusammenhange der Minderheit vorwerfe, dass sie die Erbauung von Volkswohnhäusern nicht wolle. Das sei eine fürchterliche und gemeine Lüge. Bei dieser brutalen Herrschaft gegen die Interessen der Bevölkerung und gegen die Interessen der Arbeiterschaft könne die Minderheit zu der gegenwärtigen Verwaltung kein Vertrauen haben und sei daher gezwungen gegen die Annahme des Rechnungsabschlusses zu stimmen. (Lebhafter Beifall bei der Minderheit).

G.R. Siegel entgegnet, dass die vom Gemeinderat Biber vorgebrachten Ziffern naturgemäss nicht sofort überprüft werden können, doch könne schon jetzt gesagt werden, dass sie einer eingehenden Prüfung nicht standhalten. Der Minderheit wurde ausreichend Gelegenheit gegeben die wirklichen Ziffern kennen zu lernen. Redner müsse feststellen, dass er dem Verlangen der Opposition folgend, die genaue Rechnungen über fertiggestellte Wohnhausbauten drei Wochen hindurch zur Einsicht aufgelegt sind aber niemand habe sich dafür gekümmert. Diese Abrechnungen hätten der Minderheit ein wirkliches Bild geben und sie hätte sich die Mühe ersparen können auf Grund willkürlicher Annahmen eigene Berechnungen vorzunehmen. Schon in der nächsten Zeit werden neuerliche Belege geboten werden und Redner ladet die Opposition ein, diese Ziffern dann zu überprüfen. Gemeinderat Biber habe seine Berechnungen auf falsche Voraussetzungen aufgebaut. Bezüglich der Gemeindebetriebe sei zu sagen, dass Ueberschüsse die sich im Laufe des Jahres ergeben den betreffenden Abteilungen als Refaktien überwässen werden. Es sei übrigens bezeichnend, dass die Minderheit einerseits über zu geringe Beistellung von Mitteln für Strassenherstellungen Beschwerde führe, andererseits jedoch Steuerermässigungen in der Höhe von zwanzig Millionen Schilling beantrage. Wenn die Minderheit immer wieder das Bauen mit Anleihegeldern verlange, so ziele dieses Bestreben nur auf den Abbau des Mieterschutzes und die Ueervalorisierung des Mietzinses ab. (Lebhafter Widerspruch bei der Minderheit). Da nützt kein Ableugnen, dieses Streben ist ja längst bekannt. Was den angeblichen schlechten Besuch des Amalienbades anlangt könne Redner nur mitteilen, dass das Bad in der Woche durchschnittlich zwanzigtausend Besucher hat und dass diese Zahl in stetiger Steigerung begriffen ist. Gegenüber dem Vorwurf brutaler Alleinherrschaft und Lüge sei einfach zu erwidern, dass die Bevölkerung und Arbeiterschaft Wiens heuer bei den Wahlen Gelegenheit haben werde darauf zu antworten. (Stürmischer Beifall bei der Mehrheit).

Die Anträge Biber werden der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen.

Zu dem Kapitel der Verwaltungsgruppe VI, Ernährung- und Wirtschaft Angelegenheiten, nimmt Vizebürgermeister <sup>Hoss</sup>/Stellang, Auf die Aeusserung des Stadtrates Siegel, die Christlichsozialen wollen Steuerermässigungen und beschwerten sich gleichzeitig über den schlechten Zustand der Strassen, erwidert Vizebürgermeister Hoss, dass für die Strassenpflege genügend Geld zur Verfügung gestellt wird, aber nicht genug rationell ge-

arbeitet wird. Ausführlich beschäftigt sich der Redner dann weiters mit der Festsetzung der Markt- und Schlachthausgebühren. Die diesbezügliche Vorlage wurde von den Christlichsozialen schon im Ausschuss bekämpft. Es wurden ihnen eine Reihe von Zugeständnissen gemacht und schliesslich hat die Opposition das Vorlage im Gemeinderat genehmigen lassen. Nachträglich aber hat sich herausgestellt, dass die Auswirkung der einzelnen Tarife eine überaus harte sei. Ihre eigenen Leute haben sich dagegen gewehrt und so musste Stadtrat Kokrda schliesslich zugeben, dass die Vorlage veränderungsbedürftig ist. Es ist daher notwendig, dass die Vorlage entsprechend abgeändert wird. Der Redner beschäftigt sich dann weiters mit den Freibänken und mit der beabsichtigten Verlegung des Nachmarktes-Grossmarktes, von der die Opposition erst durch die Zeitungen erfahren habe. Vizebürgermeister Hoss ist der Meinung, dass die Verlegung des Nachmarktes-Grossmarktes auf das Terrain des Freihauses die beste Lösung wäre. Schliesslich aber muss die Frage von allen massgebenden Faktoren gründlich durchberaten werden. Bezüglich der Grossmarkthalle sagt Vizebürgermeister Hoss, dass die Verhältnisse in der Grossmarkthalle unhaltbar seien. Mit Zubauten werde gar nichts erreicht und die Gemeindeverwaltung müsse sich doch endlich einmal mit dieser so wichtigen Frage beschäftigen. Er richtet auch bezüglich der Viktualienhalle an den Stadtrat Kokrda das Ersuchen auch in dieser Frage Ordnung zu machen. Zu der Post Lagerhaus bemerkt Vizebürgermeister Hoss, dass die Opposition wünscht, in die Gebarung mehr als bisher Einblick zu erhalten. Seine weiteren Ausführungen beschäftigen sich mit dem Rathauskeller. Er wurde seinerzeit dazu geschaffen, um für die niederösterreichischen Weine Propaganda zu machen und Wien um eine Attraktion zu vermehren. Der Wein wurde durch Kellerburschen ausgeschenkt es wurden zwei Abteilungen geschaffen, der billige Volkskeller und die teuren Abteilungen, wie zum Beispiel der Rosensaal. Jetzt ist das alles geändert. Im Rathauskeller bekommt man überhaupt nichts billiges mehr. Er bringt auch den jetzigen Streik zur Sprache. Herr Kühner hat so manches an sich, was mir nicht gefällt. Aber ich muss mich doch fragen, wer eigentlich der Herr ist. Dass die Gewerkschaft diktiert, das ist eine Schande, und Sie hätten die Verpflichtung, sich zu kümmern, dass eine solche Schweinerei im Rathauskeller nicht zustande kommt. Es ist dringend notwendig, dass Sie auch im Rathauskeller Ordnung machen. Das Steuersystem des Stadtrates Breitner behandelnd, erklärt Vizebürgermeister Hoss, dass, so gut das Wirken Breitners bis zur Stabilisierung war, so verderblich es jetzt ist. Er möge doch endlich einmal von diesem grausamen System, als das es jetzt empfunden wird, abgehen. (Lebhafter Beifall bei den Christlichsozialen).

Auf die Rede des Vizebürgermeisters Hoss erwidert Stadtrat Kokrda zunächst, dass sich die Gemeindeverwaltung grundsätzlich in einen Streik in einem Privatbetrieb nicht einmengen könne. Was die Führung des Rathauskellers anlangt so ist nur festzustellen, dass seit Monaten billige Weine ausgeschenkt werden. Die Tarife, die Herr Vizebürgermeister Hoss besprochen hat, sind noch bei weitem nicht valorisiert. Das ergibt ein Vergleich der Friedensgebühren mit den heutigen. Wir verwenden unzählige Millionen, um die Anstalten dahin zu bringen, dass sie ihren Zwecken voll und ganz entsprechen. Bezüglich der Marktgebühren erklärt Stadtrat Kokrda, dass eine neue Vorlage nicht nötig sei, weil durch die Rückerstattung der Mehrgebühren die Parteien vollkommen beruhigt und befriedigt sind. Er werde aber trotzdem den Bericht der Marktamtsdirektion dem Ausschuss unterbreiten. Bezüglich der Grossmarkthalle erklärt der Redner, dass sie auch schon vor dem Krieg nicht entsprochen habe. Was ihre Reform anlangt, so werden wir sie noch erleben. Als Beweis dafür, dass wir leisten, was geleistet werden muss, diene, dass eine Anzahl neuer Märkte geschaffen wurden und in den nächsten Tagen ein neuer grosser Markt in "Loidsdorf" eröffnet werden wird.

Wir werden durch Reformen die Halle zweckentsprechend ausgestalten. Zu den Bemerkungen über das Lagerhaus müsse festgestellt werden, dass die Aenderung der Direktion aus rein sachlichen Erwägungen vorgenommen wurde und mit Politik nichts zu tun hat. Direktor Nübel habe selbst um seine Pensionierung angesucht, es wurde mit ihm keine wie immer gearatete politische Differenz ausgetragen. Von der Weiterentwicklung der Lagerhäuser sei das allerbeste zu erhoffen. Man müsse auch daran erinnern, dass die Sozialdemokraten einst gegen den Widerstand des damaligen Handelsministers Weiskirchner die Einfuhr von Geflügelfleisch erzwingen mussten. Wie bisher werde auch künftighin alles im Interesse der Approvisionnement geschehen.

Hierauf wird in die Spezialdebatte über die Gruppe allgemeine Verwaltungsangelegenheiten eingegangen.

G.R. Preyer (chr. soz.) verweist darauf, dass auch in dieser Gruppe gegenüber dem Voranschlag bedeutende Ersparungen <sup>vorgenommen</sup> worden sind. Für die Lokalpolizei werden wie in der Vorkriegszeit einfach der Betrag von einer Millie Papierkronen aufgewendet, ein geradezu lächerliche Summe, die man wohl nicht als Leistung bezeichnen könne. Für die Volksbildung werde zu wenig aufgewendet, auf dem Gebiete des Feuerlöschwesens sind gleichfalls Ersparnisse ausgewiesen, es ist nicht zu verstehen, wo die Mehrheit angesichts solcher Einschränkungen von grosszügigen Reformen sprechen könne. Die Anlage der Wählerlisten zeige parteimässigen Charakter, viele Wähler die man für christlichsoziale hält sind einfach ausgelassen, beispielsweise von 114 katholischen Studenten des Heimes in der Porzellangasse gleich 88, dann die 12 Klosterfrauen des St. Annen-Spitals in der Kinderspitalgasse. Im Amtsblatt findet man nur zwei Inserate, es wäre klüger, die Redaktion gleich einem Inseratenagenten zu übergeben.

G.R. Paulitschke (chr. soz.) führt gleichfalls Beschwerde über die Wählerlisten, er reklamiert die Abrechnung über das Musikfest vom Jahre 1924 und erklärt schliesslich gegen den vom Stadtrat Richter gelegentlich seines Schlusswortes in der Budgetdebatte vorgebrachten Vorwurfes, der Minderheit gewissenlosigkeit vorzuhalten, neuerdings energisch Verwahrung einlegen zu müssen.

G.R. Doppler (chr. soz.) bemerkt, dass ihm aus einzelnen Bezirken massenhaft Klagen über schlechte Anlage der Wählerlisten zukomme, es werden Wohnparteien ausgelassen, die schon Jahrzehntlang in einem Hause wohnen. Auch auf die Hauslisten könne man sich nicht mehr verlassen. Es muss verlangt werden, dass an die magistratischen Bezirksämter die Leistung hinausgegeben werde, dass die Amtorgane anzuweisen seien, jedermann in die Wählerlisten Einsicht nehmen zu lassen. Wir haben eine ganze Reihe von Nachrichten, dass in den Wählerlisten viele Namen verschrieben oder unrichtig geschrieben sind. Im Studentenheim in Währing sind eine Reihe von Studenten nicht in die Wählerliste aufgenommen worden und auch im <sup>Gräsenheim</sup> in Währing fehlen in den Wählerlisten viele Leute. Die Sträflinge, die vor zwei Jahren aus den Wählerlisten heraus reklamiert wurden, sind heuer alle wieder in den Listen Leute, die schon längst von Wien weggezogen sind, sind ebenfalls in

den Listen. Man hat daher allen Grund, von einem Wählerlistenskandal zu reden. (Beifall bei den Christlichsozialen).

St<sup>2</sup>R. Richter erwidert, dass die Klagen über die Wählerlisten unberechtigt sind. Es werden immer wieder Mängel vorkommen. Wenn eine derartige Arbeit wie die Aufstellung der Wählerlisten auf so kurze Zeit zusammengedrängt werden muss, ist es selbstverständlich, dass Fehler vorkommen. Bezüglich des Musikfestes erklärt Stadtrat Richter, dass er die Abrechnung darüber in nächster Zeit dem Gemeinderat vorlegen werde. Auf seine wiederholt kritisierte Aeusserung in seinem Schlusswort während der Budgetdebatte zurückkommend, erklärt Stadtrat Richter, dass sich der kritisierte Ausdruck nicht auf die Kritik der Opposition bezogen habe, sondern lediglich auf die Behauptung, dass die Zahl der Brände zunehme wodurch die Wiener Bevölkerung in Unruhe versetzt werden könnte.

Nun gelangt das Kapitel VIII städtische Unternehmungen zur Verhandlung. Gemeinderat Scholz ersucht dabei um Aufklärung, wieso sich der Reingewinn der städtischen Leichenbestattung im Jahre 1925 gegenüber dem Vorjahre um das Dreifache vermehrte. Er wünscht, dass die Durchführung der Gratisleichen der Verwaltungsgruppe des Professor Dr. Tandler unterstellt werde.

Nach einer kurzen Erwidernng des Referenten VB. Emmerling erklärt der Vorsitzende Gemeinderat Schorch die Debatte für beendet und schreitet zur Abstimmung.

Der Rechnungsabschluss wird hierauf mit den Stimmen der Mehrheit genehmigt und der Bericht der Kontrollamtsdirektion zur Kenntnis genommen.

Die nächste Sitzung findet Freitag, den 11. Februar um 5 Uhr nachmittags statt.